

Nr. 217/2015

Interpellation Portmann: Ist der IS-Terror in Kriens angekommen?

Eingang: 7. Dezember 2015

Zuständiges Departement: Umwelt- und Sicherheitsdepartement

Beantwortung

- 1. War es den Krienser Behörden bekannt, dass Personen im Umfeld der besagten Moschee Kontakt zur IS- Terrorszene hatten?**

Nein: Bundesanwaltschaft und Bundesnachrichtendienst haben am 17. Juli 2015 die Öffentlichkeit orientiert. Ein Zusammenhang zu Kriens konnte jedoch aus dem Text auf der Homepage nicht herausgelesen werden.

- 2. Nachdem nun die ganze Geschichte ins Tageslicht gerückt ist, was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen? Wird die Moschee im „Krienser Industriequartier“ geschlossen?**

Ein Zusammenhang mit der Krienser Moschee und dem Asylzentrum kann aufgrund der bisher festgestellten Informationen nicht hergestellt werden. Die Zuständigkeit für das Asylzentrum liegt beim Kanton Luzern. Entsprechende Fragen sind an den Kanton zu richten. Als Vorsichtsmassnahme hat der Gemeinderat vorgeschlagen, bei den Zuweisungen auf die religiöse Zugehörigkeit der Jugendlichen zu achten. Konkret hat der Gemeinderat den Verantwortlichen des Kanton geraten möglichst keine Zuweisungen von Jugendlichen vorzunehmen, die muslimischen Glaubens sind.

- 3. Wird der Gemeinderat oder eine kantonale Behörde die Bevölkerung informieren?**

Die Bundesanwaltschaft hat am 17. Juli 2015 die Bevölkerung orientiert. Seither hat die Bundesanwaltschaft jeweils dann eine neue Information auf Ihrer Homepage aufgeschaltet, wenn neue Fakten in diesem Fall aufgetaucht sind. Die Zuständigkeit und die Informationspflicht liegen bei der Bundesanwaltschaft, bei der Polizei und beim Bundesnachrichtendienst. Die Bundesanwaltschaft hat eine eigene Homepage. Ihre Informationen sind unter www.bundesanwaltschaft.ch abrufbar. Die Gemeinde informiert dann, wenn eine Zuständigkeit besteht, die von einem öffentlichen kommunalen Interesse ist.

Selbstverständlich ist die Gemeinde um gute Kontakte bemüht, um die soziale Kontrolle möglichst hoch zu halten. Und selbstverständlich arbeitet die Gemeinde - wie in anderen Fällen auch - jederzeit mit allen anderen in den Fall involvierten öffentlichen Körperschaften zusammen.

Im Benchmark mit anderen Gemeinden hat die Gemeinde Kriens nur sehr wenige personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung (Quelle: Neue Luzerner Zeitung)

vom 22. November 2012). Insbesondere für nicht gebundene Leistungen, zum Beispiel im Sicherheitsbereich, sind deshalb zahlreiche sinnvolle Tätigkeiten nicht ausführbar. Sollte der Einwohnerrat diesbezüglich zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen wollen, müsste dies in zukünftigen Budgets angezeigt werden. Der Gemeinderat legt den Stellenplan jährlich transparent dem Einwohnerrat vor.

Wenn «Ja» wann und in welcher Form? Wenn «Nein» warum nicht?

Siehe Ausführungen unter Frage 3.

4. Werden in der Gemeinde Kriens weitere IS- Anhänger oder Sympathisanten vermutet?

Polizei und Bundesanwaltschaft arbeiten am besagten Fall und informieren transparent und stufengerecht. Dem Gemeinderat sind keine weiteren Fälle bekannt. Wären ihm Fälle bekannt würde er sofort die entsprechende Behörde informieren.

5. Sind die Krienser- oder kantonalen Behörden mit der Kontrolle und Überwachung von Moscheen überfordert? Oder getraut man sich nicht diese islamischen Institutionen zu überprüfen?

Die kantonalen und kommunalen Behörden sind nicht zuständig. Deshalb können sie auch nicht überfordert sein. Wären sie zuständig, so hätten die Behörden entsprechende Stellen, die vom Einwohnerrat bewilligt worden wären. Die Schweiz lebt das Gewaltmonopol der Polizei und hat damit Erfolg, ist doch die Schweiz eines der sichersten Länder auf der ganzen Welt.

Aufgrund der Vorfälle hat der Gemeinderat Mitglieder des Vorstandes zu einem Austauschgespräch eingeladen. Die beiden Vertreter des Vorstandes haben dem Gemeinderat versichert, dass sie um einen konstruktiven Dialog mit der Gemeinde bemüht sind. Die Vertreter der Moschee haben aufgezeigt, dass die kritisierte Predigt einige Jahre zurück liegt. Der Vorstand bemüht sich um gut ausgebildete, möglichst fix angestellte Imame um Predigten, die fundamentalistische Tendenzen beinhalten könnten, für die Zukunft möglichst auszuschliessen.

Kriens, 2. März 2016